

Rieser Tagesblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Druckerei
„Tagesblatt“, Riesa

Amtsblatt

Gründungsnummer
Nr. 22

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 226.

Freitag, 28. September 1917, abends.

70. Jahrg.

Veränderungen, 1000
Preisänderungen

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierteljährlich 2,55 Mark, monatlich 85 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages (bis bis 10 Uhr vormittags) aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschreibfläche (7 Spalten) 20 Pf., Preispreis 15 Pf.; getraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. Besondere Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung; der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Notationsdruck und Verlag: Fanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Ditzsch, Riesa

Geltungsdauer der Abschnitte A und B der Landeskartoffelkarte.

Die 2 Zentner Kartoffeln, die auf die Abschnitte A und B der Landeskartoffelkarte bezogen werden können, sind für die Zeit vom 21. Oktober 1917 bis 14. April 1918 bestimmt. Verbraucher, die von dem zentnerweisen Bezug Gebrauch machen, müssen mit den beiden Zentnern innerhalb dieser Zeit auskommen. Weitere Lieferungen für diesen Zeitraum — insbesondere wegen zu frühzeitigen Verbrauchs der 2 Zentner — sind ausgeschlossen. Dresden-N., am 26. September 1917. 2702 II B IV
Ministerium des Innern. 4583

Bekanntmachung betr. Ausfuhr von Stroh und Häcksel.

Ausfuhr von Stroh und Häcksel aus dem Bezirke der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain ist nur gestattet, nachdem diese hierzu schriftlich Genehmigung erteilt hat. Anträge hierauf sind bei den Gemeindebehörden einzureichen und von diesen begutachtet der Amtshauptmannschaft vorzulegen. Großenhain, am 26. September 1917. 84 VIII
Die Königl. Amtshauptmannschaft.

Die fast im ganzen amtshauptmannschaftlichen Bezirke ausgetretene anhaltende Trockenheit hat eine große Futterknappheit zur Folge. Es ist deshalb unbedingt geboten, alles das, was auf Feld, Wiese, Rain an Futtermitteln noch anhebt, reiflos auszunutzen. Am besten wird dies dadurch geschehen, daß der Weideweg solange als irgend möglich stattdes. Es wird auch und zumal dort, wo die Vermwertung gefällener Eichen und Kastanien in Frage kommt, angezogen sein, insbesondere die Schweine mit auszutreiben. Großenhain, am 27. September 1917. 134 VIII
Königl. Amtshauptmannschaft.

Abgabe von Speisefertigkartoffeln betr.

In der Woche vom 1.—7. Oktober 1917 erhalten Kartoffelverbraucherberechtigte Personen auf den grünen Kartoffelartenabschnitt 7 Pfund Kartoffeln. Schwer- und Schwerstarbeiter erhalten auf die rote Zusatzkarte weitere 3 Pfund Kartoffeln. Kartoffelverbraucher können in der obigen Woche aus ihren Vorräten wöchentlich pro Kopf der von ihnen zu versorgenden Personen 10 Pfund Kartoffeln verbrauchen. Wegen der Saat-, Schenk- und Speisewirtschaften verbleibt es bei den Anordnungen in Ziffer 10 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 7. August 1917. Die Kartoffeln dürfen nur gegen Abgabe der Kartoffelmarken an die Verbraucher verabreicht werden. Mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. wird bestraft, wer sich unrechtmäßigerweise mehr Kartoffeln verschafft, als ihm zusteht oder wer den Verlust hierzu macht. Großenhain, am 28. September 1917. 95 c II
Der Kommunalverband.

Beim Garnison- und Bezirkskommando Großenhain

wird vom 1. Oktober 1917 ab durchgehende Arbeitszeit von 8 Uhr vormittags bis 3.30 nachmittags eingeführt. Für mündliche Meldungen ist das Hauptmeldeamt nach wie vor nur von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags geöffnet. Außerhalb dieser Zeit werden nur wirklich dringliche Angelegenheiten erledigt. Großenhain, 26. September 1917. 26
Kgl. Garnison- und Bezirkskommando.

Einladung

zur Hindenburgfeier am 30. September 1917, vormittags 11/12 Uhr. Am 30. September 1917, vormittags 11/12 Uhr soll auf dem Platze vor der Carolaschule aus Anlaß des bevorstehenden 70. Geburtstages des Generalfeldmarschalls von Hindenburg und Benediktendorfs eine schlichte Feier stattfinden. Zur Erinnerung an den 2. Oktober 1917, und um die Dankbarkeit auch unserer Stadt dem verehrten Generalfeldmarschall gegenüber zum Ausdruck zu bringen, soll daselbst eine Hindenburg-Eiche

Hindenburg-Eiche

geweiht und gepflanzt werden. Die Fest- und Welherede hat Herr Pfarrer Friedrich freundlichst übernommen, und die Feier wird durch Gesänge der im Elbgausängerbund vereinigten Gesangsvereine unter Beteiligung der Pionierkapelle umrahmt werden. Zu dieser Feier laden wir die militärischen sowie die Zivilbehörden, die Vereine und die Schulen unserer Stadt ein, und wir bitten auch die Einwohner, durch zahlreiche Beteiligung den Dank, die Liebe und die Verehrung, die wir dem allverehrten Feldherrn schulden, zum Ausdruck zu bringen. Die Vereine und Schulen bitten wir, mit ihren

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 28. September 1917.

Was wir wollen.

Ist in erster Linie, daß wir einen Frieden als Deutsche machen, und daß wir einen solchen erfolgreich durchziehen. Diese Worte unseres neuen Reichskanzlers in seiner Jungferrede am 19. Juli im deutschen Reichstag muß jeder Deutsche beherzigen. Jeder Deutsche muß zeigen, daß er auf einen deutschen Frieden hinarbeitet, daß er mit seinen Feldgrauen einig ist in der Sorge um die Freiheit und das Wohl des Vaterlandes, das nur von einem endgültigen Frieden abhängt. Die letzte 7. Kriegsanleihe soll den deutschen Frieden mit herbeiführen. Darf da ein Deutscher zögern, Kriegsanleihe zu zeichnen? Nein er darf es nicht. Es muß ihm eine Ehrenpflicht sein, zum Willingen der 7. Kriegsanleihe beizutragen.

— Hindenburgfeiern. Ueber die Hindenburgfeiern in den hiesigen Schulen wurden uns nachstehende Berichte freundlichst zur Verfügung gestellt:

Die Schüler der hiesigen Fortbildungsschule hatten sich bereits am Donnerstag nachm. 5 Uhr zu einer Hindenburgfeier versammelt. Nach dem gemeinsamen Gesange des Lutherliedes „Ein feste Burg“ trug ein Schüler das Gedicht „Lannenberg“ von Reinhold Fuchs vor, und die Chorklasse der Mädchenerschule sang „Dem Hindenburg ein Viehlein“ von Winter; darauf trug Herr Lehrer Beder die „Ballade von den Masurischen Seen“ von Gintley vor. Der Direktor erinnerte in seiner Ansprache zunächst an den Anglistag des 15. Juni 1410 bei Lannenberg, unter dessen Folgen die einsige deutsche Kolonie des mittelalterlichen deutschen Reiches, die nachmalig bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts amtlich noch als „deutsche Disseprolingen“ bezeichneten Gebiete schwer zu leiden hatten. Er führte sodann an der Hand amtlicher Berichte, einer holländischen Nachricht und einer französischen Uebersetzung den Ernst der Lage Ostpreußens vor dem Eingreifen Hindenburgs, die Großtaten des neuernannten Generalfeldherrn, das weitere Wirken unseres Helden zur Hertrümmung der moskowitischen Dampfmaschine vor. Unter Berufung auf Ewen Hedlin und Anton Fendrich wurde sodann das Wesen Hindenburgs gekennzeichnet und in Anknüpfung an Hindenburgs Geburtsstabschritte vom 9. 9. 17 allen eindringlich ans Herz gelegt, daß der uns von Gott gesandte große Mann uns allen die Pflicht auferlege, wie er zu wirken als Glieder des großen gemeinsamen Ganzen, unsers Vaterlandes, unsers Volkes. An das weiter von Herrn Beder vorgetragene Gedicht „Das Lied vom Hindenburg“ von H. de Nora schloß sich ein begeistertes Hoch auf Hindenburg und der allgemeine Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“.

Die Mädchenerschule hielten am 28. 9. vorm. 10 Uhr ihre Hindenburgfeier ab. In den allgemeinen Gesang des Liedes „Lobe den Herren“ schloß sich ein Lob-

Dank- und Wittgebet an. Die Chorklasse sang wie am Vortage „Dem Hindenburg ein Viehlein“, und darauf trug eine Schülerin das Gedicht „Lannenberg“ vor. Die Ansprache des Direktors verfolgte einen ähnlichen Verlauf wie am Vortage und legte zum Schluß den Schülerinnen besonders eindringlich Hindenburgs Geburtsstabschritte ans Herz. Darauf trugen Schülerinnen die Gedichte „Kriegsplan“ von Rudolf Wessner und „Das Lied vom Hindenburg“ vor, woran sich wieder ein Hoch auf Hindenburg und der allgemeine Gesang „Deutschland, Deutschland über alles“ schloß.

Die Hindenburgfeier der Knabenerschule wurde eingeleitet durch den allgemeinen Gesang: „Lobe den Herren“, worauf Herr Oberlehrer Damerich das Wort zur Festrede ergriß und das Leben und die Bedeutung des Generalfeldmarschalls schilderte. Nach Abingen der Nationalhymne sprach Herr Beder zwei Hindenburggedichte. Ein Gesang des Schulchors und ein gemeinsames Lied schlossen die Feier.

Die Handelsschule Riesa veranstaltete am 28. Sept. vorm. 10 Uhr eine Hindenburgfeier. In der Handelsschuldirektor Lehme an Schüler und Schülerinnen eine Ansprache richtete zur Würdigung der Verdienste unseres Generalfeldmarschalls von Hindenburg und zur Bedung und Aufrechterhaltung der Stagesaneracht. Allgemeine Gesänge und Gedichtsvorträge von 1 Schülerin und 2 Schülern umrahmten die Ansprache.

Fahnen sich bereits 11 Uhr zum gemeinschaftlichen Zug unter Vorantritt der Pionierkapelle auf dem Albertplatz zu versammeln. Besondere Einladungen zu der Feier ergeben nicht. Riesa, am 25. September 1917.

Der Rat der Stadt Riesa.
Dr. Scheider, Bürgermeister.

Ausgabe der Landeskartoffelarten in Gröba.

Mit den Brot- und Fleischkarten werden Sonnabend, den 29. September 1917, nachmittags 6—7 Uhr die Landeskartoffelarten in den bekannten Kartenausgabestellen ausgegeben. Wegen der Kartoffelversorgung für den kommenden Winter weisen wir unsere Einwohner ausdrücklich auf genaue Beachtung der Bekanntmachung des Kommunalverbandes Großenhain im Rieser Tagesblatt vom 22. September hin. Wir empfehlen jedem Kartoffelverbraucherberechtigten sich mit größter Beschleunigung einzubeden. Die Landeskartoffelarten gelten nicht nur im Kommunalverband Großenhain, sondern im ganzen Königreich Sachsen. Die in Ziffer 10 der eingangs erwähnten Bekanntmachung gestellten Fristen sind genau einzuhalten, da andernfalls eine geregelte Versorgung nicht gewährleistet werden kann. Diese Bestimmungen sind nachstehend nochmals wiedergegeben.

10. Diejenigen Personen, die von dem Rechte des zentnerweisen Bezugs von Kartoffeln auf die Landeskartoffelarten Gebrauch machen wollen, dies jedoch mangels der nötigen Beziehungen zu Kartoffelverlegern nicht ausführen können, haben dies sofort und spätestens bis zum 1. Oktober 1917 unter Angabe der betreffenden Kartoffelarten im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, zu melden. Diejenigen Personen, die von dem Rechte des zentnerweisen Bezugs der Kartoffeln auf die Landeskartoffelarten überhaupt keinen Gebrauch machen wollen, haben die Landeskartoffelarten bis zum 5. Oktober 1917 gleichfalls an das Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, zurückzugeben. Sie bleiben weiter in der Wochenversorgung und erhalten nach noch weiter zu erlassender Bekanntmachung Wochenkarten ausgereicht. Erfolgt die Ausgabe der Landeskartoffelarten nur teilweise nach Abtrennung einzelner Zentnerabschnitte, so setzt die Wochenversorgung entsprechend der Zahl der abgetrennten Abschnitte später ein. Diejenigen Personen, die bis zum 5. Oktober 1917 die Landeskartoffelarten nicht zurückgeben, gelten als durch diese Karte beliefert, und scheiden vom 21. Oktober 1917 an aus der Wochenversorgung aus. Es wird ihnen nachgelassen, sofern ihnen die Erwerbung der Kartoffeln auf die Landeskartoffelarten bis zum 21. Oktober 1917 noch nicht möglich gewesen ist oder die Lieferung der erworbenen Kartoffeln sich verzögert hat, bis zum Eintreffen der Kartoffeln einzelne Zentnerabschnitte der Landeskartoffelarten in Wochenkarten umzutauschen. Selbstverleger (Kartoffelverleger) dürfen keine Landeskartoffelarten beziehen. Von den für Kinder, die bis zum 15. September 1917 das 4. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, auszugebenden Landeskartoffelarten wird vor der Ausgabe der Abschnitte AA abgetrennt werden. Bei der Abholung der Karten ist deshalbes das Alter der Kinder genau anzugeben und auf Erfordern der Ausgabestelle durch Geburtschein (Familien Stammbuch) nachzuweisen. Gröba, am 27. September 1917. Der Gemeindevorstand.

Im Namen des Königs!

Zu der Strafsache gegen den Kaufmann Ernst Karl Heinrich Krehschmar

in Riesa, Baufiger Straße 1 wegen übermäßiger Preisteiherung hat die 3. Ferienkammer des Königl. Landgerichts zu Dresden am 21. August 1917 für Recht erkannt:

Der Angeklagte Ernst Karl Heinrich Krehschmar wird wegen übermäßiger Preisteiherung bei Pfeffer zu 2000 M. Geldstrafe, als Ersatz 200 Tagen Gefängnis, kostenpflichtig verurteilt.

Die beschlagnahmten 178,85 Pfd. Pfeffer werden eingezogen. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen im Dresdner Anzeiger, den Dresdner Nachrichten, den Dresdner Neuesten Nachrichten, der Dresdner Volkszeitung und dem Rieser Tagesblatt bekannt zu machen.

Freibank Riesa.

Morgen Sonnabend, den 29. September von vormittags 8 Uhr ab gelangt auf der Freibank des städtischen Schlachthofes Hind- und Schweinefleisch zum Preise von von 1,25 M. des 1.— Pf. für das Pfund gegen Fleischmarken an die Inhaber aller noch aufliegenden weißen Freibankmarken zum Verkauf. Riesa, am 28. September 1917. Die Direktion des städt. Schlachthofes.

den größten Teil der Bevölkerung der Provinz von ...

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 28. September 1917.

Weldungen der Berliner Morgenblätter.

Berlin. Nach dem 'Polak-Anzeiger' erhalten die ...

Die verurteilten U-Boote des U-Bootkrieges. Genf. Die Verschleierung des U-Bootkrieges in der ...

Ein englisches Raub- und Rebellensystem. Berlin. Das Reutersche Bureau verbreitet auf ...

Italienische Erkundungen. Lugano. Das römische Blatt 'Fronto Interno' ...

Reform der bayerischen Reichsratskammer. München. In der ersten Reichsratskammer eine bedeutungsvolle ...

Eine deutsche Antwort über Belgien. Haag. Aus Paris wird dem 'Polak-Anzeiger' ...

Deutscher Generalstabesbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 28. September 1917. Deutscher Kriegszustand.

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Der Oberbefehlshaber der Armee in den Westlanden ...

Verhandlungen zwischen den Mächten.

Amsterdam. 'Nieuwe van den Dag' sagt über ...

Amsterdam. Aus London wird gemeldet: Die ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Amsterdam. Das 'Alte Handelsbl.' berichtet: ...

Vereinsnachrichten

Städtischer Turnverein. Sonntag, den 30. Septbr., 10 Uhr im „Kronprinzen“. Zur Teilnahme der Damen u. Jugend abt. ermahnt.

Bereinigte Militärvereine.

Zur Beteiligung an der Stadtschützenfeier stellen die Vereine mit Freude am Sonntag, den 30. Septbr., abends 10 Uhr im „Kronprinzen“. Die Kameraden werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten. (Fortsetzung) Die Vorbes.

Speiseöl

Wird in den einschlägigen Geschäften Riefas gegen Septbr. Abschnitt der Zeitschrift abgegeben. Auf den Abschnitt entfallen 25 Gramm.

Der Ausschuss zur Warenverteilung.

Rohschlächterei Riefa, Schützenstr. 10.
Empfehle heute frisches Rohschlächter.
Otto Gundermann, Rohschlächter.

Prima Senfgurken

am heute u. morgen Sonnabend, Pfund 20 Pfg.

Alfred Büttner,

Kaiser-Wilhelm-Platz.

Saure Gurken Senfgurken

empfehlen im einzelnen und schwache.
H. Grubbe, Goethestr. 39.

Zeichnungen

auf die
lebende Kriegsanneleihe

nimmt zu Originalbedingungen kostenfrei entgegen

H. W. Seurig.

Landtrantentafel zu Gröba.

Unser Geschäftslokal befindet sich vom 1. Sonnabend, den 29. Sept. an

Alleestr. 22, Erdgeschoss.

Bezeichnet, Vorstehend.

Auktion.

Sonntag, den 30. September a. c. von mittags 11 Uhr an kommen im Hofraum der Bahnhofsverwaltung in Gröba im Auftrag durch Unterzeichneten nachstehende Nachlassgegenstände zur öffentlichen Versteigerung als:
2 Kleiderchränke, 1 Waschtisch, 1 Schreibtisch, 2 Kommoden, 1 Ederstuhl, 1 Sofa, 1 Kleiderhänger, 8 Waschtische (2 mit Marmorplatte), 1 Kissen, 4 Bettstellen (1 mit Matratze), 4 Deckbetten mit Rissen, 2 Schwarzwälder Uhren, 2 Spiegel, 2 Koffen, verschiedene Tische, Stühle, Bänke, Regale, 1 kleiner Fliegenstrahl, 1 Kasse, 2 Treppenleitern, 1 kleiner eiserner Ofen, Fenstervorhänger, 2 Bretterstühle, ferner Haus- und Küchengerät, Porzellan, Steingut und Glasgeschirr u. v. U. m.
Riefa, Schulstr. 6.
Perm. Scheibe,
vereideter Auktionator und Taxator.

Luchschuh-Kursus Gröba.

Auf vielseitigen Wunsch findet in Gröba im Gasthaus zum Anker von Montag, den 1. Oktober bis Freitag, den 5. Oktober noch ein Kursus statt. Anmeldungen nimmt entgegen
die Leiterin.

Geschäftshaus

in der besten Lage Riefas, Haupt- od. Wettinerstraße, zu kaufen od. Werte Angebote erb. u. N 779 an Haasenstein & Vogler, Dresden.

Tüchtiger

Maschinenmeister

als Aushilfe, auch stundenweise, findet jederzeit Beschäftigung. Zu melden

Langer & Winterlich,

Verlag des Riefas Tageblatt. Riefa, Goethestraße 59.

Fritz Grosse

Elisabeth Grosse geb. Dondler

Chirurgin, Riefa, 27. September 1917.

Zeichnungen

auf die

7. Kriegsanneleihe

vermitteln wir kostenlos und stehen mit Ratschlägen zwecks Geldbeschaffung und Zahlung bereitwilligst zur Verfügung.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt

Filiale Riefa.

Eine Wohnung,

3 oder 4 Zimmer, Küche u. Badestube (ev. Garten), für 1. Jan. 1918 oder früher zu mieten gesucht. Angebote erbitte

Fr. Sekretär Friebe

in Glasbütte i. Sa.

Winkelfeld zahlende Leute suchen Wohnung z. 1. 1. 18, Preis 280-300 M. in Gröba od. Riefa. Angebote unter E D 779 an das Tzbl. Riefa.

Mobiliertes Zimmer

ab 1. Oktober oder später gesucht. Off. unter E A 776 an das Tzbl. Riefa.

Wohnung

in besserem Hause, Preis bis 300 M., zum 1. 1. 18 gesucht. Angebote unter E K 785 an das Tzbl. Riefa.

Junges Ehepaar sucht für sofort oder später

Wohnung

im Preise bis 250 Mark. Angebote unter E E 780 an das Tzbl. Riefa.

Kleine Wohnung,

1 Treppe, per 1. Jan. 1918 an bessere ruhige Einzelperson zu vermieten. Offerten unter E M 787 an das Tzbl. Riefa.

Kleine Dachwohnung

zu vermieten, 1. Januar bezugsbar
Gröba, Strehlaer Str. 43.

Zuverlässige Frau

wird für einige Stunden des Tages als Aufwartung gesucht Kaiser-Franz-Josef-Str. 1, v.

Suche für Neujahr 1918

viele Knechte

und Mägde,

selbige können sich nächsten Sonntag melden.

Arbeitsnachweis des Landeskulturrates, Hebenstelle Rommelsch, Markt 21. - Fernspr. 138. - Klingenberg. -

Für e. 15 j. Burschen wird nicht zu schwere

Arbeitsstelle

auf dem Lande gesucht.

Waffenhause Zeitbain. Einfache Schlafstelle für 1-2 Herren frei. Abt. zu erfragen im Tzbl. Riefa.

7. Kriegsanneleihe.

Zeichnungsstelle: Riefas Bank.

Bei uns bestehende Guthaben zur Zahlung auf Kriegsanneleihe verrechnen wir, ohne Anspruch auf fälligkeitsmäßige Kündigung und abzugsfrei. Auf Darlehen zur Verwendung auf Kriegsanneleihe fordern wir nur mäßige Zinsen.

Für die überaus zahlreichen Beweise inniger Anteilnahme bei dem Heimgange unserer lieben Entschlafenen

Frau Clara Dechert

sprechen wir hiermit allen unsern herzlichsten Dank aus.

Boberschen, am 27. Septbr. 1917.

Aug. Dechert
nebst Kindern und Enkeln.

Am 25. September erhielt ich die mir noch unbeschriebene Nachricht, daß mein lieber hoffnungsvoller Pflege Sohn, der

Raufmann

Georg Teutscher

Söhne bei einer Masch.-Gew.-Komp., kurz vor seinem 10. Geburtstag in einem Feldlazarett an seiner schweren Verwundung gestorben ist.

Dies zeigt schmerzhaft an

Anna Soburig

nebst allen, die um ihn trauern.

Rühritg, den 28. September 1917.

Sehr edelw. Mann wünscht mit freundl. Liebesrollen Mädchen mit ein. Vermögen, von dänischem u. wirtschaftlichem Charakter, bis 25 Jahre alt, in Briefwechsel zu treten zum Zweck

späterer Heirat.

Für reifere Zuschriften mit Bild unter E F 781 an das Riefas Tageblatt.

Heiratsgesuch.

Bier junge Damen, hier freud. wünschen zwecks Heirat die Bekanntschaft von vier gebildeten Herren im Alter von 23-27 Jahren. Militär nicht unerwünscht. Ernstgemeinte Offerten mit Bild unter E N 788 an das Riefas Tzbl.

Fischergesellen,

kann auch ein jüngerer sein, sowie 1 Fischereibehälter stellt ein

Aug. Hildebrandt,

Fischermstr., Riefa, Goethestraße 40.

Suche Wirtschaft

zu kaufen, 8-12 Hektar groß. Angebote unter E H 783 an das Tzbl. Riefa.

Ein Zuchtbulle,

1 Jahr alt, ist zu verkaufen in Gröba, Steinstr. 28.

Ein Waaehund

billig zu verkaufen Gröba, Steinstr. 28.

Gebrauchte Matratze

mit Bettstelle billig zu verkaufen

Pankow Str. 15, 8.

Rohrstühle

hat preiswert abgegeben

Gröba, Schulstr. 7.

Niederlage

Langenberg.

Sonnabend 1-2 Uhr von Nr. 201-300; 3-5 Uhr Nr. 301-400 (September).

Wer über-? Waffenhause? nimmt Waffenhause? Offerten unter E J 784 an das Tzbl. Riefa erbeten.

Ausgetümmtes Haar

läuft zum höchst. Preise Bruno Schreiber, Bismarckstr. 15a.

Pianos

verkauft preiswert Nichter Musikinstrument-Handlung, Albertplatz 6.

Hedwig Nickel.

Sonnabend

gelten Nr. 501-600.

Freiwillige Sanitätskolonne

Sonntag, den 30. d. M., zur Beteiligung an der

Hindenburgfeier stellt die Kolonne vormittags 11 Uhr am Stadtplatz.

Um zahlreiche Beteiligung bittet der Kolonnenführer Stellvertreter.

NB. Die Unfallmeldebücher sind umgehend an den Schriftführer abzugeben.

Für die liebevolle Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres Lieblings, sowie allen denen, die den Sarg schmückten, sagen wir hierdurch unseren

wärmsten Dank.

Wir aber, liebe Gertrud, die Du uns viel zu früh entziffen würdest, rufen wir ein „Abschied“ nach.

Gröba, am 25. 9. 1917. In tiefstem Weh

Familie Hesse.

Über alles Erwarten durfte ich mich erlaben, Deiner Eltern „Stolz“ zu sein.

Es kann kaum heißen, die Du uns „so lieb“; Mütterlich und verlässlich. Da Dich Gott erwählt.

Die heutige Nr. umfasst 8 Seiten. Nummer Nr. 54 des Tagesblattes an der Hand.

Die mit dem ...

Smalther Bericht aus Ostafrika. Aus London wird berichtet: Amilich wird aus Ostafrika gemeldet: Der Feind ...

Vom Meer und Luftkrieg.

Schiff mit feindlichen Besatzern. Amilich wird aus Berlin gemeldet: Am 24. September abends hatten unsere ...

Der deutsche Luftangriff auf England. Neuter meldet amilich: Die Zerstörung war wiederum das Ziel eines ...

Die argentinische Kammer für den Bruch mit Deutschland? Das meldet aus Buenos-Aires: Die argentinische Kammer ...

Neue Unruhen in Italien.

Wieder ist die italienische Grenze nach der Schweiz gesperrt und weder Bahn noch Telegraph arbeiten ...

Der Mutter Sühne.

Roman von F. Courths-Mahler.

Jugendwo und wie würde man doch Verwendung für sie haben. Wählerisch wollte sie gewiß nicht sein ...

Die Antwort Bulgariens an den Papst.

In der Antwort Bulgariens an den Papst wird auf das Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezember 1916 ...

Die russische Presse bespricht die Antwort Deutschlands auf die päpstliche Note ziemlich ausführlich. 'Nowoje Wremja' ...

Die 'Times' warnen vor einem Verständigungsfrieden mit Deutschland. Die 'Times' schreibt: Ein Friede ohne ...

Weitere Kriegsnachrichten.

Die Entente wird die Note der Mittelmächte an den Papst beantwortet. Der 'New Herald' meldet: Die Entente ...

Genr. Voicars' Whantafé-Uniform. Während der Pariser Kammerdebatte über den Staatshaushalt begründete ...

Die Kammer ...

Das amerikanische Gesetz über den Handel mit dem Feinde. Das Gesetz über den Handel mit dem Feinde ...

Förderung der Kinderfürsorge.

Von der Kriegsamtsstelle Leipzig ist den Handelsherrn ...

In der Kriegswirtschaft wie auf allen Gebieten des Erwerbslebens ist eine starke Zunahme der Frauennarbeit zu verzeichnen. Tausende von Frauen ...

Das kleinste Opfer, das für's Vaterland gefordert wird, ist Sparsamkeit im Papierverbrauch. Wer weigert dieses Opfer?

Ihnen nicht sehr viele dran liegt, denn bleiben Sie abends überhaupt lieber hellschwarz ...

'Gute Nacht, Frau Kaufmann, und ich danke Ihnen,' sagte Eva, und starrte mit traurigen Augen in das Lampenlicht.

Da trat die Alte dicht an sie heran. Mit ihrer harten, knochigen Hand ...

'Dah Sie nicht zum Klüsterergängen nach Berlin jehommen sind, sieht ein ...

Die Worte klangen so ehrlich und herzlich, daß Eva die Tränen in die Augen ...

Eva schlief trotz aller Müdigkeit noch nicht, als ihre Mutter gegen ...

weil es ihr unmöglich gewesen wäre, mit ihr zu sprechen. Charlotte ...

Mit präsenten, abwägenden Blicken sah sie herab auf das junge Mädchen, ...

Was Klein ging schneller, als sie so mit geschlossenen Augen ...

Wie erlöst atmete sie auf, als endlich das Licht verlöschte und ihre Mutter ...

Als Eva sich am anderen Morgen erhob, schlief ihre Mutter noch. Sie ...

Was Eva erwiderte sie sehr freundlich.

Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, den 27. September 1917.

Der Hauptauschuß des Reichstages nahm heute den zweiten Nachtrag zum Reichshaushalt für 1917 in Beratung. Der Staatssekretär Graf Roederer gesteuert in der Vorberatung bereits begründet hatte.

Ein Mitglied der Deutschen Fraktion hielt die Forderung der Entlastung des Staatssekretärs des Innern im Hinblick auf das Reichsamt der Reichsanwaltschaft und die weiteren Aufgaben des Amtes nach dem Kriege für begründet; diese Entlastung könne aber auf anderen als dem vorgeschlagenen Wege der Teilung des Reichsamtes des Innern erfolgen. Die Teilung sei ja auch nicht vom Leiter des Amtes verlangt, sondern von außenher geordert worden. Er glaube, daß die Entlastung des Staatssekretärs des Innern dadurch herbeigeführt werden könnte, daß das Patentamt, das Bundesamt für das Patentrecht dem Reichsjustizamt, der Reichsanwaltschaft und anders dem Reichsamt angegliedert werden. Die Schaffung eines Ministeramtes, eines Sprecheramtes ohne Sachverhalte, sei eine Angelegenheit von größter politischer und staatsrechtlicher Bedeutung. Bisher seien Minister ohne Sachverhalte nur in parlamentarisch regierten Ländern zu finden gewesen. Bei uns liege die Voraussetzung, die sachlich der Reichsanwalt zu tragen habe, sei es eine eigene Sache. Es ist der übertragende Staatsmann und erste Rangier des Reiches, Herr Bismarck, habe bald erfahren müssen, daß es nicht möglich sei, die Geschäfte allein zu führen und zu überwachen. Der Staatssekretär des Innern würde wohl in der Lage gewesen, die Aufgaben des Amtes zu tragen und die Teilübertragung des Reichsamtes zu übernehmen, bis der Reichstag und die übrigen in Frage kommenden Stellen prinzipiell sich in der Sache geeinigt hätten. Die Bundesstaaten, deren Regierungen die Organe und Stellen der Reichsleitung, und die ausführenden Organe, die in ihrer Gesamtheit das seien, was man Reichsleitung nenne, dürften ihrer Rechte keineswegs entbehren werden.

Gegen die Erteilung eines selbständigen Staatssekretariats für öffentliche Arbeiten äußerte der Staatssekretär des Reichsamt des Grafen v. Roederer Bedenken. Wenn nicht die umfangreichen Bauten des Heeres und der Marine auf dieses Amt übertragen würden, bliebe sein Aufgabenzirkel nur gering. Daß aber das Baureferat von der Heeres- und Marineverwaltung getrennt werden könne, sei nicht anzunehmen. Ebenso könnten bei der Volkswirtschaftlichen Verwaltung die Aufgaben abgetrennt werden. Er bitte daher, dem Vorschlag der Erteilung eines selbständigen Staatssekretariats für öffentliche Arbeiten nicht Folge zu geben. Bezüglich der positiven Aufgaben des neuen Reichsamtes des Innern führte der Staatssekretär aus, daß dem neuen Reichsamt des Innern besonders in der Übergangszeit erhebliche Aufgaben verbleiben würden, die Fragen der Polizei usw. Er wies ferner darauf hin, daß jedoch in der Begründung des Gesetzes vorgelesen sei, den allgemeinen Stellvertreter wieder mit einem Ressort zu vereinigen, wenn die Verhältnisse dies später notwendig machen sollten. Dann läge hierfür das Reichsamt des Innern in Betracht. Der Staatssekretär ging sodann auf die Stellung des allgemeinen Stellvertreters des Reichsanwalters ein. Er habe gestern ausgeführt, daß der allgemeine Stellvertreter keine Entscheidungsbefugnis habe, und daß es auch keine Zwischeninstanz zwischen dem Reichsanwalt und den anderen Reichsämtern darstelle. Auf die Frage, was denn für den neuen Stellvertreter übrigbleibe, sei zu erwidern: vor allem die Vorbereitung wichtiger Beschlüsse, bei denen der Reichsanwalt aus Zeitmangel nicht immer anwesend sein könne; auch müssen jetzt für die Kriegszeit Entscheidungen schneller getroffen werden, als im Frieden, wo letztere vertragen werden könnten. Bezüglich der vom Reichsanwalt angeführten Frage der Erweiterung der Verantwortlichkeit der Staatssekretäre äußerte der Staatssekretär das Bedenken, daß es im jetzigen Augenblicke unpraktisch sei, an die Lösung der auch von ihm als wichtig erkannten Frage heranzugehen. Wiberreden müsse er endlich der Regierung des Reichsamtes des Innern mit der vorgeschlagenen Teilung des Reichsamtes des Innern dem Reichstage vorgegriffen habe. Nach den erregten Zuständen habe vielmehr eine Besprechung mit Vertretern aller Fraktionen stattgefunden, und weder sei ein Widerspruch gegen die Teilung des Reichsamtes des Innern noch gegen die Auflösung des allgemeinen Stellvertreters von einem Ressort zu erkennen gewesen. Außerdem seien die beiden neuen Stellen in etwa möglicher Weise einanderbenannt worden.

Auch Unterstaatssekretär Wallraf begründete die Vorlage neuerdings mit der Arbeitslast des Leiters des großen Reichsamtes des Innern.

Ein Unabhängiger Sozialist stimmte dem Redner der Deutschen Fraktion in seiner Kritik bei, daß die Teilung der Reichsämter nicht vorher mit dem Reichstag beschlossen worden sei und beantragte, die Sitzung zu verlagern, bis sich der Reichsanwalt und der Staatssekretär des Inneren Dr. Helfferich geeinigt hätten, wie sie sich den künftigen Gang der Geschäfte dachten.

Nach Ablehnung dieses Antrages begrüßte ein national-liberaler Redner die Vorlage auf Teilung des Reichsamtes des Innern und Trennung von Fragen der inneren Politik von den Wirtschaftsfragen.

Staatssekretär Graf Roederer erklärte, es sei beabsichtigt, das Amt des Kommissars für Übergangswirtschaft mit dem Reichsamt des Innern zu verbinden.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wandte sich gegen die Vorlage und begründete eine Entschließung, daß Reichsamt des Innern statt in zwei in drei Ressorts zu teilen: Reichsamt des Innern, Reichshandelsamt und Reichsamt des Innern mit einem Staatssekretär an der Spitze. Die Stelle eines Reichsanwalters solle abgelehnt werden.

Auf Ausführungen eines konservativen Redners betr. Aufgliederung der handelspolitischen Abteilung beim Reichsamt des Innern an das Wirtschaftsamt erwiderte der Staatssekretär des Reichsamtes, er habe ausgeführt, es sei unmöglich, die handelspolitische Abteilung vom auswärtigen Amt zu trennen. Ebenso könne die Zollverwaltung nicht vom Reichsamt abgetrennt werden. Auf die Frage nach dem Verhältnis von Staatssekretär und Staatsminister wolle er hier nicht eingehen. Sie betreffe das Recht der preussischen Krone und sei vom Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus zu beantworten.

Der erste Redner der Deutschen Fraktion gab nochmals der Auffassung Ausdruck, daß der staatsrechtliche Bedeutung der Trennung des alten Reichsamtes des Innern, das Kernpunkt der ganzen Verwaltung, regierungsfähig nicht genügend Beachtung geschenkt worden sei. Der Reichstag hätte in der Frage nicht übergegangen werden sollen. Er sage das, nicht weil er ein Freund des parlamentarischen Systems sei; dieses ergebe sich nicht aus Gesetzen, sondern aus dem Werte und den Bedingungen des Parlamentes selbst.

Staatssekretär Graf Roederer ging nochmals auf die vom Redner erwehrt behauptete Frage eines Staatssekretariats der öffentlichen Arbeiten ein, ohne den Gedanken in dieser ab, indem er insbesondere den Vergleich mit dem preussischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten als nicht zutreffend darlegte.

Am Redner des Zentrum wurde, daß es sich hier nicht um einen Nachtrag handle, sondern um einen tiefen Eingriff in bestehende Verhältnisse von staatsrechtlicher Bedeutung. Der erfahrene und langjährige Leiter des Reichsamtes des Innern, Graf v. Roederer, habe dargelegt, wie bedenklich die vorgeschlagene Änderung sei; die Frage sei jedenfalls noch nicht spruchreif.

Ein Redner der Fortschrittspartei besprach Fragen der Zusammenarbeit zwischen Reichsanwalt und dem preussischen Staatsminister, und wandte sich gegen die Aufhebung eines neuen Unterstaatssekretärs beim Reichsjustizamt.

Ein Unabhängiger Sozialist wandte sich nochmals gegen die Vorlage und gegen den Reichsanwalt.

Tamit ist die erste Lesung des Nachtragsetats beendet, aber, wie der Vorsitzende, Abg. Schenck, betonte, zur Abstimmung noch nicht reif geworden. Es soll eine weitere Erklärung versucht und dann in der späteren zweiten Lesung abgestimmt werden.

Morgen vormittag: auswärtige Politik; Papstnote.

Verfassungsausschuß des Reichstages.

Der Verfassungsausschuß des Reichstages nahm gestern mit 15 gegen 12 Stimmen den Antrag der Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten auf Streichung des Schlusssatzes in Artikel 9 der Reichsverfassung an, wonach niemand zugleich Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein kann. Für den Antrag stimmten geschlossen die Antragsteller, die Wösten und ein Zentrumsabgeordneter. Der Abstimmungsbericht des Verfassungsausschusses auf den 8. Oktober mit der Tagesordnung: Mitwirkung des Reichstages beim Friedensschluß.

Nach § 9 der Reichsverfassung dürfen Mitglieder des Bundesrates nicht gleichzeitig Reichstagsabgeordnete sein. Eine unbedenklich klingende Bestimmung, die dennoch den Kern des Gegenstandes zwischen parlamentarischer und nicht-parlamentarischer Regierungsform aufdeckt. Denn sie besagt, daß im Deutschen Reich Staatssekretäre nicht Abgeordnete sein, also auch Abgeordnete nicht ohne Verlust ihres Mandats in die Regierung eintreten können. Dies erste Voraussetzungen für das Entstehen eines mit der Volksvertretung unmittelbar zusammenhängenden Reichsministeriums, überhaupt für die Möglichkeit parlamentarischer Regierung ist, solange der Paragraph 9 in Kraft bleibt. Der Antrag des fortgeschrittenen Abgeordneten Hauptmann lautete daher auf Streichung des Schlusssatzes: „Niemand kann gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein.“

Die Debatte über den Antrag wurde durch einen fortgeschrittenen Redner eingeleitet, der die jetzigen Verhältnisse unter Heranziehung der gesamten staatsrechtlichen Literatur eingehend besprach. — In der weiteren Debatte führte Ministerialdirektor Dr. v. Wempe aus, es handle sich bei dem Artikel 9 um einen Grundpfeiler des Reichsgebäudes. Durch die Aenderung dieses Artikels würden weitgehende Verfassungsänderungen bedingt. Es sei dies die wesentliche Verfassungsänderung seit der Reichsgründung. Der Bau des Reiches werde durch den Antrag ganz geändert. Die Stellung der verbundenen Regierungen zu ihm sei unbekannt.

Ein Zwischenfall im Verfassungsausschuß.

Im Verfassungsausschuß des Reichstages hatte gestern ein kleiner Zwischenfall nicht geringes Aufsehen hervorgerufen. Der fortschrittliche Abgeordnete Baedrich richtete an den Ministerialdirektor Dr. v. Wempe, die förmliche Anfrage, ob dem preussischen Landtag unmittelbar nach seinem Zusammentritt eine auf dem allgemeinen Gesetz gebunden und direkten Wahlrechte beruhende Wahlrechtsvorlage unterbreitet werden würde. Dr. v. Wempe erwiderte darauf, die Anfrage sei ihm angekindigt gewesen, er habe sich vorgestern mit dem Reichsanwalt in Verbindung gesetzt, aber bis gestern noch keine Auskunft erhalten können.

Die „Germania“ meldet, daß die preussische Wahlrechtsvorlage im Staatsministerium noch beraten wird. Ihre Einbringung ist vor Ende Oktober oder Anfang November nicht zu erwarten.

Sächsischer Landtag.

Wfl. Dresden, 27. September. Erste Kammer.

Am Regierungstisch Finanzminister von Sehndewitz. Das Haus nahm zunächst den Entwurf eines Gesetzes wegen Aenderung der Verordnung, die Jagdbarkeit der Ziemer betreffend, vom 27. Juli 1878 in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der 2. Kammer an. Dann wurde die Petition des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine zu Gemüte genommen und Erlaß von Vorschriften wegen Entschädigung der bei etwaigen Ausbreitungen entstehenden Schäden der Regierung zur Kenntnis überwiesen. Die Petition des Vorstandes der Schleswig-Holsteinischen Sachverständigen-Kammer in Kiel, betreffend Verbot außeramtlicher Beurlaubungen technischer Beamten ließ man auf sich beruhen, desgleichen die Petition der Frau Gräfin in Dresden um Wiedergewährung der ihr als Kriegserfrau angeblich zustehenden Reichsunterstützung.

Darauf wurde in die Beratung des Antrages Cassan und Gen. die freiheitliche und vollstümliche Neuordnung im Reiches betr., eingetreten. Der Berichterstatter der 1. Deputation Ministerialdirektor a. D. Gehl. Rat Dr. Freischmar beantragte zu beschließen, dem Reichstag die 2. Kammer, die Regierung zu erlauben, durch ihre Vertretung im Bundesrat dahin zu wirken, daß alsbald im Reich eine freiheitliche und vollstümliche Neuordnung durchgeführt werde, die Zustimmung zu versagen.

Minister des Innern Graf v. Bismarck von Cassan: Wenn auch der Ausdruck freiheitlich und vollstümlich in dem Antrag Cassan vielleicht farblos und bedenklich erscheint, so hätten doch die Antragsteller ziemlich deutlich erklärt, daß ihnen als Ziel vorzuziehen, die Einführung des parlamentarischen Systems im Reich und die Aenderung dieses Systems auf die Einzelstaaten durch das Reich. Die Regierung sei durchaus bereit, dort, wo sich Mängel und Unbilligkeiten zeigen, in lokaler Weise an deren Beseitigung mitzuarbeiten. Verwirklichung müsse sie davon entgegen, daß sogar von bürgerlichen Wählern die sächsische Regierung als Feindin jeder Neuordnung bezeichnet wird. Dem Wunsch nach einer inneren Erneuerung möchte ich nicht jede Berechtigung absprechen, das heute bewiesenen auf jeden Fortschritt. Aber noch sei es nicht an der Zeit, und mit dem Reichstag in der Hand an den grünen Tisch zu setzen und die Grundlagen einer Neuordnung programmatisch festzulegen. Er möchte sogar allen Ernstes betonen, daß die untreuen Kräfte in den Schicksalen. Wie Vorschläge, die geeignet seien, das Vertrauen zwischen Regie-

rung und Volk zu stärken, würden von der Regierung mit Aufrichtigkeit gebräut werden. Aber der Versuch der Volksvertretung, die Regierung selbst in die Hand zu nehmen, wäre vom Uebel und könne nur dazu dienen, daß unter dem Schleier der sogenannten parlamentarischen Regierung andere Mächte die Staatsgewalt an sich reißen und sie zu ihrem eigenen Nutzen mißbrauchen. Nach dem Frieden würden wir in der Lage sein, dem Volke die Besserung seiner inneren Zustände zu schaffen, auf die es Anspruch habe. Frz. Dirkl. Geheimrat Prof. Bach: Die 1. Kammer werde die Regierung nicht im Stich lassen in der Förderung eines gesunden Fortschrittes. Wir bleiben auf dem Boden unserer monarchistischen konstitutionellen Verfassung. Wir werden alles tun, was zur freiheitlichen und vollstümlichen Entwicklung wünschenswert und möglich ist, aber nicht unter Erschütterung dieses Fundaments. Oberbürgermeister Blüher-Dresden erklärt, das Votum der Deputation könne den Eindruck hervorrufen, als ob die 1. Kammer es ablehne, sich zu dem Gedanken der Neuordnung zu bekennen. Redner wünscht eine engere Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlamentarierpartei. Es sei auch notwendig, die politischen Parteien mehr als bisher zur politischen Verantwortung zu ziehen. Kammerherr von Rott-Ballwitz wendet sich gegen die in der 2. Kammer geforderte Einschränkung der Kommandogewalt des Kaisers und den Einfluß des Reichstages gegenüber Krone und Regierung in auswärtigen Angelegenheiten. Gehl. Kommerzialrat Baentig-Bittau: Trotzdem er den Worten des Ministers und Sr. Frz. Prof. Bach zustimme, könne er doch dem Beschluß der 2. Kammer die Zustimmung nicht versagen. Frz. Prof. Bach schlägt eine veränderte Fassung des Deputationsantrages vor, um eine Einmütigkeit in der Beschlusseinführung zu erzielen. Der Präsident empfiehlt der Deputation eine kurze Beratung, damit sie sich über die Fassung des neuen Antrages schlüssig machen könne. Nach der Pause legte der Berichterstatter Geheimrat Dr. Freischmar diesen neuen Antrag vor, der folgenden Wortlaut hat:

In Erwägung 1. daß eine Neuorientierung, die die 1. Kammer grundsätzlich nicht ablehnt, in dem Beschluß der 2. Kammer keinerlei bestimmten Ausdruck gefunden hat und 2. daß die Neuordnung in den einzelnen Bundesstaaten nur durch diese erfolgen darf, wolle die Kammer beschließen, dem Beschluß der 2. Kammer, die Regierung zu erlauben, durch ihre Vertretung im Bundesrat dahin zu wirken, daß alsbald im Reich eine freiheitliche und vollstümliche Neuordnung durchgeführt werde, die Zustimmung zu versagen. Dieser Antrag findet gegen die Stimme des Kammerherrn Schärer von Sahr-Ehrenberg Annahme. Nächste Sitzung unbestimmt.

Die Rede Asquith's.

Wie schon gestern gemeldet, hat Asquith in Leeds bei einer Kriegszweckkundgebung gesprochen. Der ehemalige englische Ministerpräsident und jetzige liberale Führer sagte in seiner Rede, deren ersten Teil wir bereits gestern mitteilten, u. a.: Ich gehe von der Behauptung aus, die widerständig klingen mag: Wir kämpfen für den Frieden, für den Frieden der Welt, der jedes Opfer wert ist, der Opfer all dessen, was den Frieden wertvoll macht, und seine Dauer sichert, indem es ihn auf den festen Felsgrund des von allen Völkern anerkannten und verbürgten Rechtes stellt. Der Frieden ist nicht dort zu finden, wo man ihn früher so oft gesucht hat, in der Einkesselung der tatsächlichen Feindlichkeiten mit darauffolgender Herstellung von Gebietsstücken, das schließlich in Bayern, Verhandlungsberatern und Beratern niedergelegt und dort der Gnade einer großen Sammlung von Zufällen anheimgegeben wird. Das ist, wie jemand zurecht gesagt, die Bibel der Lügen. Noch weniger können Sie einen der Welt würdigen Frieden von einem dem Besiegten durch den Sieger auferlegten Vertrag erwarten, der die Grundzüge des Rechtes unbeachtet läßt, und den geschichtlichen Ueberlieferungen Anspruchs und Freiheiten der betroffenen Völker Dohn spräche. Solche genannten Verträge tragen die Bürgschaft ihres eigenen Todes in sich und bereiten ganz einfach einen fruchtlosen Nährboden künftiger Kriege.

Wir haben ein treffendes Beispiel für die Torheit und Nichtigkeit derartiger Abschlüsse in dem Verträge von 1371, in welchem das streitende Deutschland darauf bestand, sich die beiden Provinzen Elsass und Lothringen gegen den Willen ihrer Einwohner anzueignen. Wir tun gut, heute dessen zu gedenken, was die beiden größten Staatsmänner Deutschlands, Bismarck und Moltke, jeder von seinem besonderen Standpunkt vorausgesetzt zu haben scheinen. Bismarck war geneigt, Frankreich im Besitz von Metz zu lassen. Denn er bemerkte, bedeutend am Zufall, er würde nicht zu viel Franzosen im Hause zu haben, und sagte weniger als vier Jahre nach dem Friedensschluß im Reichstage, Deutschland müsse 50 Jahre lang gerüstet bleiben, um die Provinzen zu verteidigen, die es in nur sechs Monaten erobert hätte. Ist jemals eine Probeweisung durch den weiteren Verlauf besser bestätigt worden? Haben wir nun Grund anzunehmen, daß Deutschland daraus gelernt hat?

Wir haben in den letzten Tagen die Antwort des neuen Reichsanwaltes auf die Note des Papstes gelesen. Sie strotzt von unklaren und falschen Allgemeinheiten. Die deutsche Regierung sagt, daß sie mit besonderer Sympathie des Papstes die Ueberzeugung begrüßt, daß künftig die materielle Macht der Waffen durch die moralische Macht des Rechtes aufgehoben werden müsse. Sie erklärte, sich über den Erfolg des Krieges durch Schiedsgerichte zu freuen und wolle jeglichen darauf bezüglichen Vertrag unterstützen, welcher (bemerkten Sie wohl diesen kennzeichnenden Vorbehalt) mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist. Aber ich frage: Ist in des Kaisers Depesche oder in irgend einer anderen maßgebenden Erklärung der deutschen Regierung aus der letzten Zeit irgend ein Hinweis enthalten, daß sie bereit ist, nicht nur nicht das Verwehen von 1871 zu wiederholen, sondern auch praktische Schritte zu unternehmen, die allein den Weg zu einem wirklichen dauernden Frieden eröffnen können? Ist Deutschland bereit, zurückzugeben, was es damals Frankreich genommen hat? Ist es bereit, Belgien seine volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückzugeben ohne Bedingungen und Vorbehalte, mit einer so vollständigen Entschädigung, wie eine materielle Entschädigung für die Vernichtung eines Landes und die Vertreibung seines Volkes nur entschädigen kann? Eine endgültige Antwort, die in einer Reihe von Erwiderungen auf